



Niederschrift

27. Plenarsitzung des Gemeinderates
29. September 2026, 15:30 Uhr
öffentlich
Bürgersaal, Rathaus am Marktplatz
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

Punkt 20 der Tagesordnung: Bürokratieabbau vorantreiben

Antrag: CDU

Vorlage: 2026/0362

Beschluss:

Kenntnisnahme

Abstimmungsergebnis:

Keine Abstimmung

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 20 zur Behandlung auf und verweist auf die erfolgten Vorberatungen im Haupt- und Finanzausschuss am 14. Juli 2026, verwiesen aus der Gemeinderatssitzung vom 23.06.2026

Stadträtin Schütz (CDU): Für uns ist klar, die Sicherheit und Gesundheit der Beschäftigten haben höchste Priorität. Aber gerade angesichts unserer knappen personellen Ressourcen müssen wir uns fragen: Organisieren wir den Arbeitsschutz heute so effizient und zielgerichtet, wie es möglich ist? Sie haben selbst im Haupt- und Finanzausschuss darauf hingewiesen, Karlsruhe erreicht im Moment bei den Betriebsbesichtigungen eine Quote von lediglich 0,5 Prozent, und gefordert sind 5 Prozent. Gleichzeitig fehlen uns aber dafür die notwendigen Stellen. Das heißt, unsere Kontrolltätigkeit müsste erheblich ausgeweitet werden. Wir sollten aber uns im Prinzip überlegen, ob wir nicht intelligenter kontrollieren können. Unternehmen leisten heute bereits eine große Vorarbeit. Sie finanzieren Berufsgenossenschaften, arbeitsmedizinische und arbeits-technische Betreuung. Und bei einem kleinen Betrieb von 35 Mitarbeitern sind es so um die 25.000 Euro, die allein die Unternehmen da an Mitteln reinstecken, um die umfangreichen Dokumentationen zu führen oder Fremdfirmen zu beauftragen.

Die Verwaltung bestätigt selbst, dass die Rechtsgrundlagen von Berufsgenossenschaften und staatlicher Gewerbeaufsicht zwar unterschiedlich sind, aber den Betrieben dadurch keine unterschiedlichen Anforderungen entstehen. Sie bestätigt außerdem, dass die Prüfberichte der Unfallversicherung auch bereits heute anerkannt werden. Und da stellt sich schon die Frage: Wenn bereits heute die gleichen materiellen Anforderungen Gegenstand verschiedener

Systeme sind, wie können wir die vorhandenen Erkenntnisse auch konsequenter auf diejenigen Betriebe konzentrieren, bei denen es tatsächlich erforderlich ist, also wo ein Risiko besteht? Denn der Handlungsbedarf, das zeigt schon die Verwaltung selbst, ist vorhanden. Bei 53,5 Prozent der von der städtischen Gewerbeaufsicht geprüften Betriebe war die vorgeschriebene Gefährdungsbeurteilung nicht durchgeführt worden. Gerade deshalb sollten unsere Fachkräfte auch dort eingesetzt werden, wo sie den größten Nutzen bringen, eben bei Auffälligkeiten und bei Arbeitsunfällen.

Dafür hat das Land jetzt wieder neue Möglichkeiten geschaffen mit dem Instrument des kommunalen Regelbefreiungsgesetzes. Und da wäre schon die Frage, ob man nicht konkret schauen kann: Haben wir geprüft, ob dieses Instrument uns auch hier gewisse Möglichkeiten bietet? Es ist Bundesgesetz, das ist klar, wir können das Bundesgesetz nicht ändern. Trotzdem ist die Frage, wo wir effizienter unsere wertvollen Mitarbeiter einsetzen können, für die Dinge, bei denen es tatsächlich notwendig ist. Wenn wir derzeit 0,5 Prozent kontrollieren und 5 Prozent erreichen müssen, dann ist es so, dass man die begrenzten Ressourcen entsprechend wirksam einsetzen und Bürokratie abbauen muss. Deswegen wäre die Frage, ob wir die neuen Möglichkeiten, die sich jetzt ergeben haben, auch nutzen können.

Stadträtin Wolf (GRÜNE): Vor allem liebe Kolleg*innen von der CDU, mir ist erst einmal sehr wichtig, anzuerkennen, dass Sie nicht am Arbeitsschutz unsere Mitarbeitenden sparen wollen. Im Gegenteil, dazu gehört auch eine wirksame Überprüfung der Maßnahmen, die vor Ort durchgesetzt werden. Und da sind wir uns erst einmal einig und dass auch diese Prüfungen möglichst effizient durchzuführen sind. Auch das Anliegen unterstützen wir in einer, ja, ich finde doch bemerkenswert technischen und detaillierten Vorlage. Mir schwirrt der Kopf vor den ganzen Abstimmungen, die da drin schon benannt werden. Also, in einer bemerkenswert technischen Vorlage wird dargelegt, was da alles schon getan wird und wo Sie sich auch bemühen, aber wo wir eben hier in Karlsruhe die Vorgaben – und auch Sie, Frau Schütz, haben es gesagt – einfach nicht ändern können, welche Vorgaben da von Land und Bund kommen. Da können wir dann mit dem Kopf durch die Wand wollen, das will ich auch manchmal, aber an der Stelle können wir es nicht, so wie ich die Vorlage verstanden habe. Wenn es da keine neuen Entwicklungen gibt, schließen wir uns der Verwaltung an.

Stadträtin Uysal (SPD): Ich glaube, wir sind beim Ziel uns alle einig hier und d'accord. Wir können das verstehen, dass wir hier Bürokratie abbauen wollen, um effizientere Verfahren zu haben. Allerdings heißt aber auch Bürokratieabbau für uns, für bereits bestehende Abstimmungen nicht noch eine weitere Abstimmungsschiene einzuführen. Und die Verwaltung zeigt ja, dass eben die Zusammenarbeit aktuell funktioniert, bereits auch pragmatisch funktioniert. Dort, wo eine engere Abstimmung notwendig ist, findet sie auch statt. Deshalb sollten wir uns eigentlich auf die eigentliche Herausforderung konzentrieren. Frau Schütz hat es bereits erwähnt.

Wenn mehr als die Hälfte der überprüften Betriebe Defizite bei der Gefährdungsbeurteilung aufweisen und gleichzeitig das Personal in der Gewerbeaufsicht knapp ist, dann liegt deutlich dort unser Handlungsbedarf. Das wollen wir hier noch einmal zum Ausdruck bringen. Unser Ziel sollte es deshalb sein, dass wir weniger Verwaltungsaufwand und mehr Ressourcen für die tatsächliche Arbeit vor Ort leisten. Und wenn wir tatsächlich Bürokratie abbauen können und die rechtliche Grundlage das auch hergibt, dann sind wir natürlich auch dafür. Falls wir eben mehr handeln können, dann sollten wir das auch tun. Vielen herzlichen Dank nochmal für diesen

Antrag, und ich denke, es ist ein wichtiger Punkt, den wir hier noch einmal zum Ausdruck bringen. Wir unterstützen das natürlich, aber sind auch mit der Verwaltungsvorlage d'accord.

Stadtrat Schnell (AfD): Als ich die Überschrift des Antrages las, Bürokratieabbau vorantreiben, dachte ich zunächst: „Wow, schau an unsere CDU-Fraktion.“ Wenn die CDU schon nicht im Land hinsichtlich ihrer Wahlversprechungen zum Thema Bürokratieabbau, wie One-In, Two-Out, Sunset-Klauseln oder die Landesverwaltung innerhalb von fünf Jahren personell um rund zehn Prozent zu verkleinern, vorangeht, sondern stattdessen plant, in den Ministerien unter ihrer Leitung bis zu 30 neue Stellen zu schaffen, dann immerhin die CDU hier im Karlsruher Gemeinderat. Aber nach Durchsicht der Vorlage musste ich feststellen, dass dies doch ein ziemlich bescheidenes Gewächs ist, das die CDU hier mit einem noch kleineren Schäufelchen beabsichtigt, zu pflanzen, dies vor dem Hintergrund, dass wenn Karlsruhe zum Bürokratieabbau eher Mileis Motorsäge bräuchte – nicht wahr, Herr Oberbürgermeister? –, damit sich bei dem Thema spürbar etwas ändert, aber immerhin ein Anfang.

Umso erstaunlicher ist die Antwort der Verwaltung. Eine Mischung aus: haben wir schon, brauchen wir nicht, und das macht alles noch schlimmer. Man sieht, die Beharrungskräfte einer etablierten, linksgrün-dominierten Verwaltung sind nun einmal gewaltig. Unser Fazit: Sofern die CDU hier aufgrund des städtischen Widerstandes nicht zurückrudert, was mich irgendwie an deren Agieren im Bund erinnern würde, werden wir dem Antrag zustimmen, auch wenn er zum Thema Bürokratieabbau nur ein doch recht kleines Schrittchen darstellt.

Stadtrat Dr. Noé (FDP/FW): Bürokratieabbau, dieses Schlagwort kann ich als kleiner Unternehmer eigentlich nicht mehr hören, denn immer, wenn wir als Kleinunternehmer nach Forderungen um Entlastung bitten, dann heißt es immer von jeglicher Couleur: „Ihr kriegt Bürokratieabbau.“ Klar, das kostet nichts, ist immer so die Idee, ihr kriegt Bürokratieabbau und ansonsten lassen wir euch mit euren Problemen hin.

Jetzt kommen wir aber zu den Vorlagen und meiner Stellungnahme hier als Stadtrat, denn manchmal liest man eine Vorlage und weiß danach noch weniger als vorher. Und manchmal liest man zwei Vorlagen, Antrag und Stellungnahme, und stellt fest, jetzt ist man endgültig im Kreisverkehr der Bürokratie angekommen, ohne Aussicht auf Ausfahrt. Mit Kreisverkehren haben wir hier in Karlsruhe Übungen. So ging es uns bei dem Antrag der CDU zur Bürokratiereduktion. Wichtiges Anliegen, keine Frage, Belastung für Unternehmen ist real, das hören wir regelmäßig, aber wie jetzt die Belastung reduziert werden soll, das bleibt auch nach mehrmaligem Lesen ein kleines Rätsel, oder ein großes oder vielleicht ein bewusst offenes Konzept, das sich selbst optimiert, indem man einfach einmal unklar bleibt. Die Verwaltung erklärt ausführlich, warum alles schon geregelt ist, warum alles schon abgestimmt ist, warum alles schon optimal läuft und warum zusätzliche Abstimmungen wieder neue Bürokratie erzeugen würden. Die CDU erklärt, dass man Bürokratie abbauen möchte, aber nicht so richtig wo, wie oder mit wem. Und am Ende steht man da und denkt, toll, das ist jetzt ein Arbeitsschutz-Perpetuum mobile. Es bewegt sich etwas, aber man weiß nicht, ob es vorwärts, rückwärts oder einfach im Kreis läuft. Wir Unternehmer stehen jedenfalls da, zwischen Berufsgenossenschaft, Gewerbeaufsicht, GDA-Strategie und einem sogenannten Zaunprinzip. Und wir stehen daneben und fragen uns: Wird jetzt die Bürokratie reduziert? Bleibt alles, wie es ist? Wird es vielleicht noch mehr? Die Vorlage lässt alle drei Optionen offen, ein bemerkenswertes Spektrum.

Kurz gesagt, der Antrag will Bürokratie abbauen. Die Stellungnahme erklärt, warum das nicht geht, und am Ende bleibt die Bürokratie bestehen, aber gut begründet. Die FDP/Freie Wählerfraktion nimmt die Vorlage zur Kenntnis. Und wir hoffen, dass der Kreisverkehr irgendwann eine Ausfahrt bekommt.

Der Vorsitzende: Vielleicht noch einmal zur Einordnung: Der Bund hat vor einigen Jahren beschlossen, dass wir schrittweise auf 5 Prozent hochgehen sollen. Der landesweite Durchschnitt ist 0,4 Prozent, der städtische Durchschnitt 0,5 Prozent und dass das zum 01.01.2026 passieren soll. Das Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg hat das geprüft und hat einen zusätzlichen Bedarf bei den Behörden vor Ort von etwa 290 Stellen im ganzen Bundesland festgestellt und hat es in den letzten beiden Doppelhaushalten jeweils im Land quasi auch in die Anträge der Ministerien an den Staatshaushalt eingebracht. Und die jeweiligen Haushaltskommissionen haben diesen Antrag abgelehnt. Deswegen haben wir weiter diese Bundesaufgabe, aber wir haben nicht die Personen dazu, um es umzusetzen. Jetzt müssen wir mit dem Land aber bitte landesweit verhandeln, wie wir dann mit der Situation umgehen sollen. Ich kann natürlich auch 5 Prozent erreichen, indem ich an 5 Prozent der Betriebe irgendwelche Zettel schreibe und sage, was Arbeitssicherheit bedeutet. Und wenn die mir dann unterschreiben, dass sie alles richtig machen, kann ich theoretisch die 5 Prozent erreichen, sofern es in der Umsetzung, weil das Land auch für die Umsetzung vom Bundesgesetzgeber verantwortlich ist, vom Land so mitgetragen wird. Das kann nicht die Lösung sein, da sind wir uns ja alle einig.

Man muss auch darüber nachdenken, ob man dann vielleicht perspektivisch über KI oder was auch immer die Prüfungsberichte schon so miteinander verzwirbeln kann, dass wir an der Stelle einfach voneinander profitieren. Das wird uns aber nicht von 0,5 auf 5 Prozent bringen. Also wir haben hier ein Diskussionsthema vor Ort, wir haben aber auch ein Diskussionsthema im Land.

Und deswegen würde ich einfach Ihnen vorschlagen, dass wir regelmäßig berichten, wie sich das entwickelt. Aus meiner Sicht ist es noch nicht gelöst, aber ich will jetzt auch nicht irgendwie einmal über das Knie gebrochen irgendwie eine Scheinlösung herbeiführen, wo wir uns dann am Ende vielleicht sogar an irgendeiner Stelle die Nichterfüllung von Bundesverpflichtungen vorstellen. Ich glaube, wir sind uns einig, es darf am Ende nicht zu mehr Bürokratie führen, aber ob es jetzt deswegen sehr viel weniger wird, warten wir es einmal ab. Also, vielen Dank für die Diskussion, das ist ein wirklich ernstes Thema, und wir stehen hier in einer etwas schwierigen Dilemmasituation.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten –
6. Oktober 2026